

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschli. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10 gelbalt. Kolonellszeile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 gelb. Kolonellszeile 25 Pf., Familiennachrichten von Verlobten die 10 gelb. Kolonellszeile mit 60% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellszeile 40 Pf., bei Platzvorschrift 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Konflikt Berlin-Braunschweig?

Sperrung der Polizeizuschüsse?

SPD Braunschweig, 28. Oktober.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an die braunschweigische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich die Entscheidung über die weitere Zahlung der Polizeizuschüsse für Polizeizwecke des Landes Braunschweig vorbehalten müsse.

In Berliner politischen Kreisen wird hervorgehoben, daß es Bedenken auslösen muß, wenn ein Minister des Innern, der ja in dieser Eigenschaft der oberste Träger der Polizeigewalt in seinem Amtsbezirk ist, in eine Angelegenheit verwickelt erscheint, in der es sich um einen Versuch der unrechtmäßigen Haftbefreiung eines wegen Verletzung der Banntatbestände handelt.

Wie die „Boschische Zeitung“ zu dem Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Wirth an den braunschweigischen Ministerpräsidenten wegen der Sperrung der Polizeizuschüsse von maßgebender Stelle erzählt, bedeutet das Schreiben praktisch schon die Sperrung der Zuschüsse, es sei lediglich eine höflichere Form für diese Anordnung gewählt worden.

Franzens Flucht aus Preußen

SPD. Der braunschweigische Nazi-Minister Dr. Franzen, der bis zu seiner Wahl zum Nazi-Vertreter in der braunschweigischen Regierung preußischer Amtsgerichtsrat in Kiel war, ist inzwischen aus dem preußischen Justizdienst ausgeschieden. Franzen hat damit einem Disziplinarverfahren gegen sich alle rechtlichen Möglichkeiten genommen.

Amlich wird mitgeteilt: „Der preußische Justizminister hat auf Grund eines Berichtes des Generalstaatsanwalts beim Berliner Landgericht I den Reichsminister des Innern ersucht, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung seines Mitgliedes, des braunschweigischen Ministers des Innern und für Volksbildung, Dr. Franzen, wegen des Vergehens der Begünstigung herbeizuführen.“

Fried als „Staatsverfechter“

K. Im thüringischen Landtag stellte die kommunistische Fraktion eine kleine Anfrage an die Regierung, weil das „Thüringer Volksblatt“, Organ der KPD für Großthüringen, von der Polizeidirektion in Gotha keine amtlichen Mitteilungen zur Veröffentlichung im Inseratenteil mehr erhielt. Der zuständige leitende Beamte habe erklärt, daß das Innenministerium verfügt habe, der kommunistischen Presse dürfen keine amtlichen polizeilichen Bekanntmachungen mehr übermittelt werden. Auf die Anfrage befragt Fried jetzt, daß er die Anweisung gegeben hat. Er sagt, die Regierung habe keinen Anlaß, eine staatsfeindliche Partei und ihre Presse durch Gewährung von bezahlten Anzeigen noch finanziell zu unterstützen. Fried ist auch nicht gewillt, seine Maßnahme rückgängig zu machen.

Interessant ist die Antwort des Innenministers insofern, als er die kommunistische Partei als eine staatsfeindliche Partei betrachtet. Das sagt derselbe Mann, der 1923 beim Hitlerputsch in München beteiligt war, den Staat also gewaltsam stürzen wollte und dieserhalb mit einem Jahr drei Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Fried scheint die Nationalsozialistische Partei als eine „Staatsverfechtende Partei“ zu betrachten.

Wie aus der Presse bekanntgeworden ist, hat Fried auch angeordnet, daß der sozialdemokratischen „Osthüringer Tribüne“ die amtlichen polizeilichen Bekanntmachungen entzogen werden sollen. Will Fried in diesem Falle seine Anweisung auch damit begründen, daß die sozialdemokratische „Osthüringer Tribüne“ eine republikfeindliche Stellung einnimmt?

Wie weiter aus Weimar gemeldet wird, hat Fried auf Grund einer kürzlich erlassenen Verordnung den der kommunistischen Opposition angehörenden Bürgermeister Müller in Ebersburg seine s Amt entzogen. Die Amtsenthebung kommunistischer Bürgermeister bringt für die Gemeinden große finanzielle Ausgaben mit sich, weil den betreffenden Personen nach den Gemeindeordnungen das Gehalt bis zum Ablauf der Amtszeit voll und dann laufend ein bestimmter Prozentsatz des Gehaltes gezahlt werden muß.

Hitlers Außenpolitik

Wünsche und Voraussetzungen gingen dahin, nach der Annahme des Youngplanes die Außenpolitik zurücktreten zu lassen und der Innenpolitik das Feld freizumachen. Es ist anders gekommen. Wenige Monate später sind die lebhaftesten außenpolitischen Auseinandersetzungen im Gange und es stehen so ziemlich alle schon einmal für gelöst erklärten Probleme zur Erörterung. Die Weltwirtschaftskrise und die internationale Preisentwertung, die sich erst jetzt langsam auch in Deutschland bemerkbar macht, haben die eben erst erfolgte „endgültige“ Regelung des Reparationsproblems wieder in Frage gestellt und das Verlangen nach Revision bestärkt. Dazu kommt, daß im letzten Reichstagswahlkampf mit den außenpolitischen Fragen eine unverantwortliche Demagogie getrieben worden ist. Diese Demagogie hat der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland große Erfolge gebracht. Das überraschende Anwachsen jener Parteien und Gruppen, die für eine grundsätzliche Wendung in der Außenpolitik eintreten, hat nach dem

Überwachung gegen die Nationalsozialisten

M.B. Berlin, 27. Oktober.

Die Nachricht eines Berliner Blattes über einen amtlichen Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten, der im Reichsinnenministerium unter Leitung des auf Privatdienstvertrag einberufenen früheren Ministerialdirektors Dr. Spieder durchgeführt werden solle, wird von unterrichteter Seite in dieser Form für unrichtig erklärt. Dr. Spieder, über dessen Berufung für die Erledigung besonderer Aufträge bereits vor einiger Zeit berichtet worden ist, hat, wie verlautet, nur die Aufgabe, die geistigen Strömungen staatsfeindlicher Bewegungen zu untersuchen. Von unterrichteter preussischer Seite wird weiter zu der Angelegenheit erklärt, daß keine Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem preussischen Innenministerium stattgefunden hat.

14. September erst recht die Frage aktuell werden lassen: was wird nun? Die Nationalsozialisten, die Hugenberg-Deutschnationalen mit einigen Gruppen und die Kommunisten haben während der ganzen letzten Jahre ihren politischen Kampf vor allem gegen die Sozialdemokratie mit heftigen Angriffen auf die „Erfüllungs- und Verfassungskomitee“ bestritten. Sie haben die Sozialdemokratie des nationalen Verrats angeklagt und haben vor dem Volke geschworen, daß sie dem „Schandvertrag“ und dem „Berknechtungspakt“ den Tod bringen werden. Unter Führung von Seidie und Hitler wurde ein Volksentscheid gegen den Youngplan eingeleitet, der zwar zu einer Niederlage für die Manager führte, dessen Agitation aber dennoch auf Millionen von Wählern und Wählerinnen nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Eben die Bewegung, die diesen Kampf führte, ist jetzt zu einer starken parlamentarischen Minderheit geworden. So stark, daß ihr die Möglichkeit gegeben ist, bei Einzelentscheidungen durch die Gewinnung kleiner Gruppen zur Mehrheit im Reichstag zu werden. Also drängten sich nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten die Journalisten ausländischer Kapitalistenblätter um Hitler, um von ihm zu hören, ob und wie sich denn nun die künftige deutsche Außenpolitik ändern werde. Hitler, der nationalste Mann Deutschlands, nahm bereitwillig das schwere Geld englischer und amerikanischer Zeitungsgiganten entgegen und hatte danach nicht die geringsten Bedenken, zum Mitarbeiter gerade jener Presseerzeugnisse zu werden, die in den Jahren des Krieges die giftigsten Lügen gegen Deutschland ausgestreut hatten. Schon in diesen ersten Interviews nach dem 14. September fiel eine Zurückhaltung des nationalsozialistischen Führers auf, der durchaus nicht das sofortige Aufheben der Reparationszahlungen und das Zerreißen des Youngplanes ankündigte, sondern sich — sehr bescheiden — auf die Erreichung der Revision zurückzog. Denn wenn sich die Nationalsozialisten vor dem Volke auch als konsequente Bekämpfer des internationalen Finanzkapitals aufblähen, so weiß Hitler doch, welche Rücksichtnahme ihm dessen Macht gebietet, wenn er an der politischen Führung Deutschlands entscheidend beteiligt sein und bleiben will.

Zusammenstöße in Rio de Janeiro

Kämpfe in Brasilien

SPD. Newyork, 28. Oktober.

In der neuen provisorischen Regierung Brasiliens hat General Tasso Fragoso den Vorschlag übernommen. Dem Kabinett gehören ferner an: General Menno Barret und Viceadmiral Boronha, das auswärtige Amt, das Ministerium des Innern und die Justiz hat Nello Franco inne. Ein Aufruf der Regierung erklärt, sie wolle die Macht nur solange ausüben, bis ein neues Parlament gewählt sei und eine endgültige Regierung ernannt habe. Die Übernahme des Außenministeriums durch Franco beweise der Welt, daß auch die provisorische Regierung gewillt sei, alle auswärtigen Verpflichtungen innezuhalten und die freundschaftlichen Beziehungen mit den auswärtigen Mächten fortzuführen.

Der Volksjubel über den Umsturz scheint nach den heutigen Ereignissen doch nicht so allgemein zu sein, wie die neuen Machthaber in die Weltposaunt haben. Im Innern des Landes dauern die Kämpfe fort. Die gegenwärtige Diktatur ist nicht einmal des gesamten Heeres sicher.

In Sao Paulo ist es zu einer Gegenrevolution gekommen. Die Pressezensur verhindert eine weitere Information über den Stand der Ereignisse. Montag früh wurde in Rio de Janeiro heftig gekämpft. Ein Kavallerieregiment und sechs Infanterieregimenter waren gegen die neuen Machthaber auf die Straße gerückt. Die Hauptstadt gleicht einem Militärlager. Alle Banken und Läden sind geschlossen. Die Regierung behauptet, sie sei der Aufrührer Herr geworden. Es herrscht jedoch im Regierungslager große Nervosität. Alle Anhänger des alten Regimes sollen verhaftet werden.

Außer dem früheren Präsidenten Luis sitzen bereits viele frühere Politiker und einflussreiche Personen im Gefängnis.

Der „Baden“-Zwischenfall

SPD Rio de Janeiro, 28. Oktober.

Entgegen den Meldungen, die über Newyork gekommen sind, ist festzustellen, daß der Kapitän der „Baden“, Kollin, nicht verhaftet worden ist. Er ist kändig auf freiem Fuß gewesen. Der Dampfer hat unter seiner Führung bereits die Ausfahrt angetreten, nachdem die notwendige Reparatur durchgeführt worden ist.

Der spanischen Regierung ist eine Note der vorläufigen Regierung in Brasilien zugegangen, in der wegen der Tötung spanischer Staatsangehöriger bei der Beschädigung der „Baden“ um Entschuldigung gebeten und strengste Untersuchung angekündigt wird. Spanien wird keine Antwortnote schicken, sondern den Botschafter

in Rio de Janeiro beauftragen, Schritte wegen der Schadenersatzansprüche zu unternehmen. Dieser Weg wurde gewählt, weil Spanien die neue brasilianische Regierung noch nicht anerkennen will.

Brasilianische Darstellung der Beschädigung

M.B. Newyork, 27. Oktober.

Wie Associated Press aus Rio de Janeiro berichtet, geben sowohl die Regierung wie auch die Presse ihrem Bedauern über die folgenschwere Beschädigung des deutschen Dampfers „Baden“ Ausdruck. Die brasilianische Regierung hat nunmehr den Bericht des Hafenmeisters von Rio de Janeiro ausgegeben. Danach seien alle Schiffskapitäne seit zwei Wochen angewiesen worden, bei der Ausfahrt ihre Absicht, entweder durch Signale bekanntzugeben, oder in nächster Nähe des Forts Santa Cruz vorbeizufahren. Nur unter diesen Bedingungen sei ihnen die Ausfahrt gestattet gewesen. Das Fort habe überdies durch eine Signalfolge angezeigt, daß der Hafen geschlossen sei.

Der Kommandant des Forts Santa Cruz erklärte, er habe zunächst zwei Warnungsschüsse abgegeben und dann mit einem letzten Schuß scharf geschossen. Alle diese Schüsse hätten in der Nähe des Dampfers Baden eingeschlagen, doch habe das Schiff daraufhin keine Geschwindigkeit nur erhöht. Hieraus habe er zwei schwerere Granaten abfeuern lassen, um die Baden zum Halten zu bringen. Auch diese Schüsse hätten den Dampfer nicht getroffen, wohl aber ein vom Fort Vigia abgefeuerter Schuß, der den Vordermast des Dampfers umlegte. Durch den herabstürzenden Mast seien dann viele Personen an Bord des Dampfers getötet und verletzt worden.

Hochwasser in Schlesien

Dammbruch der Kaghbach — Mehrere Gehöfte überflutet

M. Diegnitz, 28. Oktober.

Bei Alt-Bedern ist am Dienstagvormittag der große Kaghbach-Damm durchgebrochen. Die Fluten setzten in Au die in der Nähe gelegenen Gehöfte unter Wasser. Das Vieh konnte gerade rechtzeitig gerettet werden. Der Schaden, den das Wasser angerichtet hat und noch anrichten wird, übersteigt alle Befürchtungen. Der Damm hinter der Schleuse, der den gewöhnlichen Wasserpiegel der Kaghbach um etwa 6 Meter überragt, war bereits in der Nacht zum Donnerstag überflutet worden. Das Wasser hatte in den Dammbau tief eingerissen. Noch in der Nacht wurden die anliegenden Feuerwehren alarmiert. Die Risse wurden mit Sandfäden ausgefüllt. Das Wasser sollte die Seite jedoch rasch hinweg. Das niedriger gelegene Klein-Bedern stand schon vorher fast vollständig unter Wasser. Noch bis zur letzten Stunde setzte man alles daran, um die katastrophalen Folgen eines Dammbrechens zu verhindern. Man befürchtet jetzt den Einsturz der Kaghbachbrücke bei Pfaffenorsf.

Diese außenpolitische Diskussion ist jetzt durch eine Aktion, die der französische Journalist Hervé bei Hitler und dem Stahlhelm unternommen hat, fortgeführt worden. Hervé war früher einmal Anarchist und ein extremer Antimilitarist. Er ist dann während des Krieges einer der wildesten Chauvinisten Frankreichs geworden. Jetzt stellt er sich als Kämpfer für die deutsch-französische Verständigung vor und unterbreitet der „nationalen Bewegung“ Deutschlands Bedingungen, die als Grundlage der Verständigung angenommen werden sollen. Sie enthalten: Streichung der Reparationslasten, sobald die Vereinigten Staaten in die Annulierung der alliierten Schulden einwilligen; Rückgabe des Saargebiets an Deutschland und Zustimmung Frankreichs zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland; Rückgabe von Togo und Kamerun an Deutschland; ein deutsch-französisches Militärbündnis, für das Deutsch-